

Bezugspreis:
Brettel. 30.— M., monatl. 10.— M.,
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10.— M., einjährig 120.—
M., halbjährig 60.— M., unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Elsaßgebiet, sowie die rheinischen deut-
schen Gebiete, Polen, Ostpreußen,
Litauen und Ostpreußen 20.— M., für
das übrige Ausland 25.— M. Post-
bestellungen nehmen an: Österreich,
Ungarn, Tschechien, Slowakei, Dän-
emark, Holland, Preußen, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Bildung und Reingarten“
erscheint wochentags zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Komposition
beträgt 1,50 M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 1,50 M. je-
weil zwei festgedruckte Worte, jedes
weitere Wort 1.— M. Stellengeld
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
50 Hg. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten freie 2.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zustellungsgebühr.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Druckerei-Büro, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Montag, den 6. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Schiedsgericht für Wiedergutmachung

Paris, 6. Juni. (WZB.) Wie „Pest Parisien“ mitteilt, hat die Reparationskommission den alliierten Regierungen durch Vermittlung der Vorkonferenz den Vorschlag unterbreitet, daß, falls über eine der Klauseln des Teils VIII Anlage 2 über die Reparationsfrage eine Interpretationsschwierigkeit entsteht, die Reparationskommission berechtigt sei, diesen Streitfall dem Schiedsgericht eines Neutralen zu unterbreiten. Im Falle sich die Reparationskommission über die Wahl des neutralen Schiedsrichters nicht einigen könne, schlägt sie schon heute vor, dieses Schiedsrichteramt dem ehemaligen schweizerischen Bundespräsidenten Ador zu übertragen.

Gegen diesen Vorschlag wendet sich „Pest Parisien“, da der Vertrag von Versailles nur in Prozessfragen, nicht aber in tatsächlichen Fragen ein schiedsrichterliches Verfahren zulasse.

Teil VIII Anlage 2 des Friedensvertrages umschreibt die Zusammenfassung und die Befugnisse des Wiedergutmachungsausschusses. Besonders wichtig sind die Klauseln, in denen die Gesichtspunkte und Bestimmungen festgelegt werden, nach denen der Wiedergutmachungsausschuss bei Aufstellung und Eintreibung der Wiedergutmachungssumme zu verfahren hat. Dem Ausschuss werden hier sehr weitgehende Rechte hinsichtlich der Verteilung der Wiedergutmachungsraten und der Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit gegeben. Es würde mithin einen großen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Entspannung der europäischen Lage bedeuten, wenn in diesen lebenswichtigen Fragen im Zweifelsfall dem Schiedsgericht eines Neutralen das Recht der letzten Entscheidung zukäme.

Die zweite Rate.

Berlin, 6. Juni. (WZB.) Der Reparationskommission sind am 31. Mai als zweite Rate auf die eine Milliarde Goldmark 50 Millionen Goldmark angeboten worden. Diese 50 Millionen Goldmark sind nunmehr in gleicher Weise wie die erste Rate von 150 Millionen Goldmark der Federal Reserve Bank in New York in Dollars überliefert worden.

Entgegenkommen in der Dieselmotorfrage.

In der Dieselmotorfrage hat die Pariser Vorkonferenz der deutschen Wirtschaft in Paris eine Note überreicht, die folgendes feststellt:

1. Die Konferenz gewährt eine Verlängerung der der deutschen Regierung für den zu industriellen Zwecken erfolgenden Umbau der noch nicht umgebauten U-Boot-Dieselmotoren gesetzten Frist bis zum 30. September 1921.
2. Aus dem am 30. März von der deutschen Marinefriedenskommission an die interalliierte Marine-Überwachungskommission gerichteten Schreiben geht hervor, daß eine solche Frist reichlich genügt, um diesen Umbau vorzunehmen; jedenfalls ist dem Vorsitzenden der interalliierten Marine-Überwachungskommission über den Stand des Fortschritts der Arbeiten zum 30. September 1921 zu berichten.
3. Bei Gewährung dieses Zugeständnisses bedingt die Kommission sich aus, daß die deutsche Regierung keine Rüge scheuen darf, um die Umbauarbeiten in dem festgesetzten Zeitraum zu beenden.
4. Die umgebauten Maschinen sind unter den von der interalliierten Marine-Überwachungskommission als befriedigend erachteten Bedingungen einzubauen. Diese Bedingung findet naturgemäß auch auf die vier schon umgebauten Maschinen Anwendung, welche unter Bedingungen eingebaut sind, die die interalliierte Kommission für unzureichend erachtet hat.
5. Alle diejenigen Teile der Maschine, welche zu beseitigen sind, um den Umbau zu ermöglichen, sind als Kriegsmaterial anzusehen; als solches müssen sie unter der Kontrolle der interalliierten Kommission zerstört werden.
6. Die Konferenz hat andererseits festgestellt, daß 88 Maschinen im Widerspruch mit den Bestimmungen des Vertrags exportiert worden sind; sie behält sich vor, diesbezüglich der deutschen Delegation eine weitere Mitteilung zugehen zu lassen.

Die Konferenz gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Regierung alles in ihren Kräften stehende tun wird, um die Ausführung von Entscheidungen zu erleichtern, deren liberaler Charakter nicht verkannt werden sollte.

Eine Ansprache Millerands.

Paris, 6. Juni. (WZB.) Präsident Millerand hielt gestern bei der Enthüllung eines Denkmals für die gefallenen Schüler eines Gymnasiums eine Ansprache, in der er sagte, das republikanische Frankreich hänge mit allen Fasern am Frieden. Wenn es drei Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten noch Gewehr bei Fuß stehen müsse, so sei es dafür nicht verantwortlich. Es würde seine gefallenen Söhne verraten, wenn es nicht mit Mäßigung die Ausführung der feierlich übernommenen Verpflichtungen erlangen würde.

Man sei glücklich, daß der Schuldner sich endlich dazu entschlossen habe, seiner Unterschrift Ehre zu erweisen, damit die Welt wieder ohne Hintergedanken an die Arbeit gehen könne.

Paris, 6. Juni. (WZB.) Am morgigen Dienstag wird der französische Ministerpräsident Briand auf dem Jahresbankett der republikanisch-sozialistischen Partei eine große politische Rede halten.

Bahnhof Kattowitz in polnischer Hand.

Breslau, 6. Juni. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“) Wie der „Breslauer Volkswacht“ gemeldet wird, ist auch der Bahnhof Kattowitz von dem französischen Kommandeur den polnischen Eisenbahnern übergeben worden. Zur Bedingung wurde gemacht, daß die Polen von dort aus nicht gegen die Eisenbahndirektion oder gegen das Innere der Stadt vorgehen.

Oppeln, 5. Juni. (WZB.) Die Kampfhandlungen an der von den Aufständischen gehaltenen Linie in den Kreisen Groß-Strehlitz und Kosel sind zum Stillstand gekommen. Die von den Insurgenten gehaltene Linie verläuft nunmehr in den Kreisen Groß-Strehlitz und Kosel von Kosel-Oberhafen über Kladnik—Kandryln—Bahnhof Slawentzky—Ort, Slawentzky—Ferdinandshof—Olschowa—Kalinowa. Im Kreise Kattow wurde von den Insurgenten die Schichowitzer Brücke gesprengt und in Brand gesetzt. Im übrigen ist die Lage unverändert.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Oppeln ist die Uneinigkeit zwischen den Engländern und Italienern auf der einen und den Franzosen auf der anderen Seite in den letzten Wochen noch gestiegen. Der neue Kommandierende der englischen Streitkräfte Hennesden, der als einer der energischsten englischen Offiziere bekannt sei, habe sofort nach seiner Ankunft eine Konferenz der höheren britischen Offiziere berufen, um die militärischen Pläne zu erörtern, die von London bereits gebilligt worden seien. Die Ankunft des Generals könne die Ordnung in Oberschlesien wiederherstellen.

Deutschenheute in Polen.

Posen, 6. Juni. (WZB.) In Ostrowo fanden am 2. Juni, wie erst jetzt bekannt wird, Straßendemonstrationen gegen die Deutschen statt. Viele Deutsche wurden schwer mißhandelt, deutsche Geschäfte und Wohnungen geplündert. Von der polnischen Arbeiterschaft wurde die Entlassung aller deutschen Arbeiter der Waggonfabrik erzwungen, und der deutschen Bevölkerung wurde mit weiteren Plünderungen gedroht, wenn sie nicht sofort auswandere. Die Polizei erwies sich als machtlos, erst abends wurde die Ruhe durch Militär wiederhergestellt. Es scheint, daß die Ereignisse in Ostrowo die Vorboten einer größeren Bewegung gegen die Deutschen sind.

Die Unentschiedenen.

London, 6. Juni. (WZB.) „Daily Telegraph“ zufolge ist man bis jetzt der Lösung der oberschlesischen Frage nicht näher gerückt. Täglich werden zahlreiche schriftliche als auch mündliche Mitteilungen zwischen Briand und dem britischen Vorkonferenz in Paris, Lord Hardinge, ausgetauscht, jedoch ohne augenscheinliches Ergebnis und ohne Aussicht auf baldiges Einvernehmen.

„Laut Times“ hat Lloyd George augenblicklich alle Hoffnungen abgegeben, eine Konferenz des Obersten Rates zusammenzubringen. Auch die von Frankreich vorgeschlagene Kommission zur Prüfung der oberschlesischen Frage habe keinen Zweck. Die englische Presse wendet sich neuerdings wieder sehr scharf gegen die polenfreundliche Haltung der Franzosen im Aufstrebungsgebiet.

„Intransigent“ will erfahren haben, Lloyd George habe Briand London anstatt Boulogne als Tagungsort der nächsten interalliierten Konferenz vorgeschlagen.

Die Abrüstungsfrage.

Washington, 6. Juni. (Reuter.) Der Ausschuss des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten hat eine von seinem Vorsitzenden Porter nach Rücksprache mit dem Präsidenten Harding aufgeschriebene Entschlüsselung angenommen, in der erklärt wird, der Kongreß befindet sich in voller Uebereinstimmung mit dem Präsidenten, wenn er eine internationale Konferenz über die Beschränkung der Rüstungen einberufe und für vorläufige Ausgaben zu diesem Zwecke hunderttausend Dollar bewillige.

Washington, 6. Juni. (Havas.) Der japanische Botschafter veröffentlicht den Text der Antwort, welche die japanische Regierung dem Völkervertrag am 28. April in der Abrüstungsfrage zugehen ließ. Japan drückt darin seinen Wunsch aus, alle Regierungen möchten gemeinsam eine Herabsetzung der Bewaffnung beschließen, aber es vertritt den Standpunkt, daß der Völkervertrag die Entwaffnungsfrage prüfe.

Wie Orgeß mobilisiert.

Am 31. Mai wurde, wie wir bereits meldeten, in Braunschweig durch die Polizeidirektion der Hauptmann Ruhlen, Berner Str. 7 wohnhaft, in dem studentischen Verbindungskreis „Germania“, Rebenstr. 21, verhaftet. Er war der Leiter einer Werbeestelle, die angeblich Freiwillige für Oberschlesien werben sollte, in Wirklichkeit aber Anwerbungen für die Orgeß im großen Maßstabe vorgenommen hat.

Im Besitz des Hauptmanns Ruhlen wurde eine große Anzahl von Papieren belastenden Inhalts aufgefunden, aus denen einige nähere Angaben die Öffentlichkeit interessieren dürften.

Ruhlen führte eine genaue Liste der von ihm für die Orgeß angeworbenen Personen bei sich. Sie umfaßt 106 Namen. Es handelt sich anscheinend durchweg um Studierende der Braunschweiger Technischen Hochschule, meist Leutnants a. D., Bizefeldwebel u. dgl. Die Visitenkarte eines solchen Angeworbenen lag noch auf dem Tische des Werbebureaus.

Ein mit Maschinenschrift hergestelltes Blatt, das den Kopf trägt „R. W. — St. B. Nr. 30“, gibt genauen Aufschluß über Besoldung, Reisekosten, Verpflegung, Unterkunft, Bekleidung, Versorgung und Requisitionen!). Pro Mann werden täglich neben freier Unterkunft 50 M. gezahlt, woraus er die Kosten der Verpflegung selbst bestreiten muß. Ein andermal werden Stichworte für Meldungen über abgehende Transporte verabreicht.

Ein weiteres Schreiben des Herrn Str. B. warnt vor einem Oberleutnant Schmidt, der angeblich Studenten für eine „wilde“ Formation anwirbt und „auf eigene Faust Krieg führt“. Der Eintritt in die Freikorps Rothbach und Oberland wird den Mitgliedern der „Organisation“ verboten.

Ein anderes der vielen Schreiben erzählt, daß die reinen Orgeß-Verbände „dem inneren Wert nach durchweg gut, jedoch noch nicht kampferprobt“ seien. Der „Gesamtführer“ habe zugesagt, er wolle nur noch Freiwilligenverbände durch „unsere Stellen“ annehmen und die Finanzierung sicherstellen. Besonders interessant ist folgende Stelle:

„Die Kommunisten versuchen in unsere Linien hineinzukommen. Wird ein Kommunist festgesetzt, so lassen ihn unsere Stellen möglichst durch Italiener festnehmen, um Anruhe in linksstehender Arbeiterschaft zu vermeiden. Mit Rücksicht auf den Erlass der Reichsregierung (Orgeßverbot), der an unsern laufenden Maßnahmen nichts ändert, wird empfohlen, zur Geheimhaltung betr. Orgeß auf der Feiertag zu mahnen.“

In dringenden Fällen wird dem Hauptmann Ruhlen „telephonische Fühlungnahme (Vorsicht! Feind hört mit!) mit der Provinzialleitung Schlesien (v. Hepte, Ring 46/48) empfohlen, der „unsere verantwortliche Gesamtvertretung beim Heimatschutz D.-S.“ habe.

Ein „Borkommando“ befindet sich in Breslau, Claasenstr. 6, bei Herrn v. Wietersheim I, der als Verbindungsbeauftragter bei Herrn v. Schw. bezeichnet wird. Als sein Vertreter wird ein Herr v. d. Oelsnitz genannt. — St. B. schreibt am 25. Mai:

„Militärische Bezeichnung für Dienststellen, Dienstgrade, Abteilungen usw. sind zu vermeiden; besonders dürfen in Zeitungen (Nachrufe für Gefallene) nicht Ausdrücke wie Freikorps, Leutnant und Kompagnieführer erscheinen. Angehörige der S. O. D. S. in Führerstellen sind mit „Führer“, alle anderen mit „Freiwillige“ zu bezeichnen.“

Wie sich die Nationalisten des Auslands die Tätigkeit der Orgeß zunutze zu machen wissen, zeigt eine weitere Verfügung von St. B.:

„Ein angeblich deutscher Major versucht in O. S. Freiwillige für die Fremdenlegion zu werben, ferner versucht die Apo Freiwillige unseres Verbandes für sich abzufangen.“

Ein gewisser Major Simon wird als Verbindungsbeauftragter benannt. Postsendungen sollen an Herrn Yamotte, Bremen, Rantrestarpe 50, gerichtet werden. Alle Transporte sollen über folgendes befehrt werden:

- a) Sehr viele polnisch sprechende Einwohner sind gut deutsch gesinnt. Ebenso größtenteils die Juden in O. S. Fräulein Behandlung kann große Unheil anrichten.
- b) Vor Zusammenstößen mit Entente-Deuten wird dringend gewarnt, auch wenn die Franzosen dazu zwingen sollten.
- c) Die Artilleristen nicht in Hundertschaften zusammenstellen, sondern getrennt in Gruppen.
- d) Tragen von Waffen und Abzeichen außerhalb des Abteilungsgebietes streng verboten.
- e) Unbedingter Gehorsam.

Einzelne Schreiben sind auch aus Hannover, sie tragen keine Unterschrift. Recht interessant dürfte besonders folgendes Schreiben sein:

„St. B. Nr. 55 vom 26. 5. 21. In einer der letzten Notizen der Reichsregierung sind als gesetzliche Unterlagen gegen Werbestellen angeführt §§ 127 und 110 des Strafgesetzbuchs und Gesetz vom

22. März 1921 betr. Ausführung des Friedensvertrages. Welche Gesetzebestimmungen sind, wie wir authentisch (!) hören, nicht handhaben für gerichtliches Vorgehen, wenigstens nicht gegen uns. In diesen Bestimmungen handelt es sich um bewaffnete Verbände, um Mobilisierungsmaschinen, um Ausbildung im Waffenhandwerk und öffentliche Aufforderung zum Ungehorsam gegen rechtsgültige Verordnungen. Tatsächlich haben sich auch Polizeipräsidenten auf Grund dieser Erlasse noch nicht für berechtigt gehalten, gegen Verbestellen polizeilich vorzugehen, weil sie in den Gesetzen keine Unterlagen finden.

Noch bezeichnender ist folgendes Schreiben:

St. B. Nr. 58.

Sofort verbrennen!

Zu der Erklärung der Reichsregierung ist wegen des Verbots der Anwerbung von Freiwilligen noch zu sagen: Unsere Sache wird dadurch nicht berührt. Es ist auch in keiner Weise damit zu rechnen, daß unsern Leuten bezüglich Versorgung später eine ähnliche Behandlung zuteil wird, wie den Baltikumern seinerzeit. Davon ist bestimmt nicht die Rede. — Entsch hat den Zweck, den Schein nach außen zu wahren, und gleichzeitig die durchaus unerwünschten wilden Werbungen zu verhindern. Darum die Strafandrohung. Für uns kein Grund zur Beunruhigung.gez. R. W.

Endlich noch folgendes Stimmungsbild:

St. — B. Nr. 56. Infolge eines Zusammenstoßes eines Transportes mit einem Eisenbahnbetriebsrat wird gebieten, nicht nur durch Anweisung, sondern durch entsprechende Ueberwachung dafür zu sorgen, daß:

1. die Transporte kein Gepäck mit sich führen, das der Verkehrsordnung nicht entspricht, sondern nur Koffer, unauffällige, ungleichmäßige Kisten,
 2. die Transporte auf alle in Frage kommenden Züge verteilt sind,
 3. jeder Freiwillige eine Fahrkarte besitzt und nicht etwa, wie schon vorgekommen, nur einen Ausweis, der angeblich zur freien Fahrt berechtigt,
 4. die Freiwilligen ihre Begeisterung für die „gute Sache“ und ihre Zugehörigkeit zur D. E. (Orgesch) nicht gerade in breiter Öffentlichkeit betonen. Wir müssen in jetziger Lage alles vermeiden, was die linksradikalen Elemente aufreizt.
- Alles in allem ein Bild äußerster Gerissenheit, Doppelmoral und Gefährlichkeit. Von besonderem Interesse ist die Sophistik, mit der die Erlasse des Reichspräsidenten und Strafgesetze bald für ungültig, bald für unanwendbar, bald für Schein erklärt werden. Werden die Gerichte Herrn Kugen vom Gegenteil belehren?

„Unstaatliche Behandlungsweise“.

Im „B. L.“ beschwert sich Konrad Hausmann bitter über die Sozialdemokratie, weil sie die Erweiterung der Koalition nach rechts verhindert habe. Die Rede des Genossen Weis nennt er „abstoßend“. Weiter sagt Hausmann:

Wenn die Sozialdemokratie, die jetzt in der Regierung sitzt, das agitatorische Interesse an Neuwahlen in den Vordergrund stellt, drängt sie diese unstaatliche Behandlungsweise der Deutschen Volkspartei geistlich auf.

Dicht neben diesem Satz steht ein Redaktionsartikel des „B. L.“, in dem es heißt:

„Deshalb muß die breite Regierungsbasis geschaffen werden, entweder von außen her, durch Verbreiterung nach rechts oder links, oder von innen heraus, wenn es nicht anders geht, durch den Appell an das Volk.“

Wo Herr Hausmann kann sehen, daß die „unstaatliche Behandlungsweise“, Neuwahlen zu verlangen, in seiner eigenen Partei vorhanden ist.

Die Waffen im Erbbegräbnis.

Man schreibt uns aus Grimmen:

Das benachbarte Rittergut Borgstedt ist im Besitz der Familie von der Landen. Als im Spätherbst vorigen Jahres bei der Brunnenernte einige Arbeiter während der Arbeitspause sich in der Nähe aufhielten, kamen sie auf den Gedanken, einmal

durch das hochgelegene Fenster in den Raum zu sehen. Sie sahen aber etwas mehr, als in einem Erbbegräbnis vorhanden zu sein pflegt: einige nagelneue Maschinengewehre, Gewehre und Munitionskisten. Nach Beendigung der Arbeit gingen die Landarbeiter zum Arbeitgeber, dem Gutspächter Glanz und verlangten von diesem den Schlüssel zum Erbbegräbnis. Der Schlüssel war „verlegt“. Da sind die Landarbeiter mit einer Brechstange hinausgegangen, haben die Tür erbrochen, die Waffen zu sich ins Dorf genommen und den Landrat in Grimmen benachrichtigt. Der ließ die Waffen holen und brachte sie im Landratsamt unter und zwar so sicher wie möglich: in einem Holzstall, der unmittelbar von dem geräumigen Hof mit anschließendem Garten zugänglich ist. Am nächsten Morgen waren Maschinengewehre, Gewehre und Munition spurlos verschwunden.

Monate sind darüber vergangen. Jetzt endlich erhielten die Vertreter der SPD, die am 1. die Klusnitz, daß alle Ermittlungen — natürlich — vergeblich waren — die Akten sind geschlossen! Was geht in Vorpommern wieder vor?

Die Truppen der Junker.

Eine weitere Zuschrift aus Pommern besagt:

Am 17. Februar d. J. fand in Pyritz eine Versammlung der deutschnationalen Volkspartei mit Thomas Stettin als Redner statt. Unsere Genossen waren mit Genossen Schmidt-Stargard als Gegenredner anwesend. In dieser Versammlung waren 146 Baltikumer bewaffnet mit Gummiknüppeln und Revolvern. Allein von dem Gute des Gutsbesizers von Wedel waren von 10 selbst stationierten Baltikumern 9 zu der in Pyritz bestimmten Versammlung abkommandiert. Auf jedem Gut ist auch ein militärischer Vorgesetzter, jede Truppe steht mit den anderen in Verbindung. Sie haben dieselben Aufgaben zu erfüllen wie die bayerischen Einwohnerwehren; bloß die Baltikumer betreiben es geschickter, weil sich um diese keiner mehr kümmert. Es ist nur bedauerlich, daß die Gewehrung vom Landarbeiterverband hier, in Verbindung mit ihren Mitgliedern der Sache keine größere Aufmerksamkeit schenkt; denn dann würde man noch mehr staunen und besonders die Waffenlager in Pommern herausfinden.

Der Republikanische Führerbund begrüßt in einem Telegramm an den Reichstagspräsidenten das Vorgehen des Herrn Reichstagspräsidenten in der Entwaffnungsfrage. Der Republikanische Führerbund erklärt sich bereit, durch ausführende Vorträge die Arbeit zu unterstützen und stellt seinen Nachrichtenendienst über verborgene Waffenlager illegaler Organisationen jederzeit in den Dienst der Regierung.

Internierungslager Stargard.

Zu unserem Artikel über die Zustände im Internierungslager schreibt unser Stargarder Parteiorgan, die „Stargard-Priziger Volkszeitung“:

„Lafache ist, daß im hiesigen Internierungslager in der letzten Zeit von einzelnen Wachtmannschaften schwere Ueberschreitungen ihrer Machtbefugnisse vorgekommen sein sollen. Zur fraglichen Zeit des geschiedenen Vorfalls ist der Leiter des Lagers, Hauptmann Lange, abwesend gewesen und hat nach seiner Rückkehr sofort eine strenge Untersuchung eingeleitet. Es haben dieserhalb bereits Verhandlungen zwischen dem Berliner Regierungsstellen einerseits und dem hiesigen Lager andererseits stattgefunden, welche zu dem Ergebnis führten, daß eine große Anzahl Wachtmannschaften heute Montag entlassen werden sollen. Gefordert werden muß unter allen Umständen, daß diese „Beschäftigten“ streng bestraft werden. Durch diese Art von „Beschäftigung“ wird Deutschland im Auslande immer mehr kompromittiert.“

Schon seit längerer Zeit sind uns Einzelfälle gemeldet worden, in denen verschiedene Wachtmannschaften mit den Internierten rigoros umgegangen sind und sich Mißhandlungen den Internierten gegenüber haben zuschulden kommen lassen, so auch bei dem letzten Brande, wo die Internierten, um sich vor dem Verbrennen zu schützen, aus den verschlossenen Fenstern springen wollten. Tags darauf haben einige Leute auf die unglücklichen Opfer mit dem Gewehrkolben eingeschlagen. Hoffentlich wird nun endlich im hiesigen Lager Remedur geschaffen.“

Harry Waldens letztes Spiel.

Von Max Hochdorf.

Er spielte zum letztenmal einen Teufel. Einen dämonischen Menschen sollte er darstellen, der alle Schicksalsfäden seiner Nebenmenschen zusammenzieht, um sich nach Belieben zu lockern oder zu straffen. Und als mehrere Bekannte in der Pause zusammentraten, da stüßten sie, beengt, und im Gefühl einer großen Trauer: „Wäre doch jener Selbstmord, den Walden vor Wochen versucht hatte, gelungen! Dann brauchen wir heute diesen schrecklichen Zusammenbruch nicht mehr zu beklagen!“

Wir sagten das in schwerer Bekümmernis. Die Vorführung hätte nicht gestatten dürfen, daß Harry Walden, todesmüde, mit Gramfurchen im Gesicht, mit erloschenem Auge, mit abgestorbenem Gedächtnis hin und her geschleudert vom Alkohol, der die verlorene Kraft für Minuten wiederkehren sollte, dort auf der Bühne stehe. Ja, ein Trunkener stand nur noch auf der Bühne. Die Souffleuse schrie sich heiser, um die beinahe tauben Ohren des Schauspielers, der sich dort oben abquälte, zu erreichen. Er aber mußte spielen, er mußte die größte Ueberlegenheit heucheln, er mußte sogar einen Uebermenschen heucheln. Er durfte nicht zeigen, daß es schon ein zerfahrenere, elender Bojazzo geworden. Er mußte um jeden Preis wie ein siegreicher Lebenskämpfer auftreten.

Trotzdem alles bei diesem Spiel nur ein Krampf, Getorkel und Gestammel war, setzte sich bei dem Zuschauer die Meinung fest, daß immer noch ein genialer, flotter Komödiant dort oben auf der Bühne seine Kunstschau ausübte. Man fand ihn unendlich lustig, man sah in seiner flackernden Erscheinung oder in seinem erlöschenden Gestalt nur das Springen und Sprühen eines unendlich munteren Karnevalstemperaments. Man wollte immer noch den Walden, den Jüngling aus der „Alt-Heidelberg“-Zeit sehen. Man bestaunte ihn, man gestattete ihm jedes Gestammel und jedes Verlegen. Man lachte vor überschwänglicher Vergnügtheit mitten in seiner Rede hinein. Keiner stieß sich daran, daß die Souffleuse bis in die zehnte Reihe mit ihrer Angst hörbar wurde. Jetzt war es den Zuschauern doch vergönnt, ein Stück Privatleben dieses Künstlers kennenzulernen und das Ausleben seiner dämonischen Abenteuer. Man merkte, daß Walden der glücklichste Mensch von der Welt sei, darum durfte es es ungestraft wagen, derart, vom Wein und vom Schnaps hin und her geschleudert, vor sein Publikum zu treten. Man verzickte ihm alles. Die Spielerei glaubten, daß alles das sehr lustig sei. Da sahen sie wenigstens einmal einen Menschen, der sein ganzes Leben wie eine ausgelassene Weinsauze auskostete. Sie klafften ihm bei offenem Torhauß Beifall und merkten gar nicht, daß der Gefeierte schon halb im Senfseife weckte, daß er innerlich schon ganz zerfressen und auch äußerlich schon gründlich zerrütet war, während er dankend den Kopf neigte. Nur bei den Wenigen, die nicht zu blenden waren, schwebte die qualende Frage nicht mehr: Warum hat er nicht schon früher sterben dürfen?

Denn es tänte unter seiner gedrohenen Stimme an dem letzten Abend seines Spiels noch manchmal jener einsamwehnde Ton, der das merkwürdigste an diesem Künstler war. In seiner Stimme

lebte etwas ungewöhnlich Verbodes, das die Köpfe verdröhte, dem die Frauen nicht widerstanden, das aber auch die Männer betörte. Es war etwas Dummes und zugleich Helles in dieser Stimme. Und er handhabte sie nicht zu Tiraden, sondern stoßweise, angreifend, großartig, aufregend und beinahe hinterlistig. Er war ein Freund der großen Pausen und Gebektheiten, nach denen er seine Stimme wie ein plötzlich verpörrtes Kaugummi in das Ohr des Zuschauers schleuderte. So ward er, so gewann er. So hörte ich ihn, als er noch nicht zerfallen war.

Er stand vor roten Seldenoorhängen und trug das phantastische Morgenlandsfeld des Königs Alasverus, der um die schöne Esther wird. Man spielte das Grillparzer'sche Esther-Fragment und Waldens Partnerin war das sehr schöne Fräulein Wohlgenuth vom Wiener Burgtheater. Da schien in Alasverus ein ganz einlamer, verquälter, doch unendlich weicher Mensch auf der Bühne zu stehen. Es verriet der Einsame aber, daß in ihm die opferwilligste Järllichkeit wohnte. Nur mit dieser geheimnisvoll werdenden, nie wiederkehrenden Stimme verriet er dieses Geheimnis. Vielleicht war der Künstler, dem dieses Werkzeug geschenkt wurde, als Mensch nur ein schwacher, entgleister, sehr gewöhnlicher Mann. Das ist gleichgültig. Er war eine Zeitlang Träger dieser kostbaren Stimme, die man nicht erklären konnte, und die doch deutlich tausende von Menschen anregte und einflusste. Nun war an dem letzten Tage, da Harry Walden spielte, alles dieses schon so gut wie gestorben. Daß es so schnell ganz verlungen sein würde, ahnten wir damals kaum.

Was uns gerade noch fehlt.

In Berlin hat sich ein Arbeitsauschuh gebildet, um ein Denkmal für die auf Grund des Versailler Friedensvertrages abgetretenen deutschen Länder zu errichten. Die Kosten, die sich auf 200 000 bis 300 000 M. belaufen sollen, stehen angeblich zur Verfügung. Trotzdem werden die Künstler aufgefordert, ihre Entwürfe völlig kostenlos und unverbindlich einzureichen. Aus diesem Grunde warnt der Reichswirtschaftsverband bildender Künstler vor der Beteiligung an dem Wettbewerb.

Die Form dieses „Arbeitsauschuhens ohne Bezie“ widerspricht allen für künstlerische Wettbewerbe geltenden Grundsätzen. Aber auch der Zweck verlangt schärfste Zurückweisung. Wer Paris kennt und das Denkmal der Stadt Strohburg auf dem Konfessionsplatz vor dem Kriege gesehen hat, der wird sich der nationalisistischen Kundgebungen erinnern, zu denen dieses Erinnerungssymbol eines lächerlichen Gewaltfriedens fast täglich herausforderte, und er wird nicht wünschen, daß uns jetzt für Berlin etwas Ähnliches beschert wird.

Im Anschluß daran möchten wir erwähnen, daß noch ein zweites Projekt dieser Art gegenwärtig „entwickelt“ wird. Die englische Regierung soll die Denkmäler für Bismann, Karl Peters und den Major Dominik, die in den ehemaligen deutschen Kolonien standen, nach Europa geschafft und der deutschen Regierung angeboten haben. Es ist möglich, daß aus Gründen internationaler Höflichkeit das Angebot akzeptiert wird, und wenn die Westisten als Kunstwerke wertvoll sind — worüber der Reichskunstwart zu entscheiden hätte —, so könnten sie einer öffentlichen Samm-

Ein voreiliger Triumph.

Die „Rote Fahne“ triumphiert, daß die U.S.P. nach der Erklärung Crippiens Regierungsparlei geworden ist. Wir lesen in dem zweispaltenlangen Artikel:

„Crippien hat es verkündet: Die Unabhängigen wollen dem Kabinett Birch freien Spielraum lassen. Gibt es eine genauere Verhöhnung der Arbeitermassen als dieses Wort Crippiens? Die revolutionäre Masse ist gefallen! Der offene Verrat ist geblieben!“

Die „Rote Fahne“ sollte doch etwas vorsichtiger sein. Haben nicht ihre sächsischen Parteigenossen von der U.S.P., der sächsischen Landesregierung gegenüber eine ganz ähnliche Erklärung abgegeben wie Crippien gegenüber der Reichsregierung? Und hüten sich nicht in Mecklenburg wie in Thüringen die Kommunisten gleichermassen, die dortigen Linkeregierungen zu stürzen, um nicht einer Rechtsregierung ans Ruder zu helfen?! Die oppositionelle Jungfernschaft, mit der die U.S.P. sich brüsst, ist also in Wirklichkeit längst nicht mehr vorhanden. Die U.S.P. naht auch von der Frucht, deren Genuß der U.S.P. als schweres Verbrechen angekreidet wird.

Der Vorsitzende der U.S.P. vor Gericht.

Vor dem Sondergericht beim Landgericht I begann heute unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Braun der Prozeß gegen den derzeitigen Vorsitzenden der Vereinigten kommunistischen Parteien Deutschlands Brandler. Die Anklage, die von Staatsanwalt Dr. Pelzer vertreten wird, wirft Brandler vor, es unternommen zu haben, die Verfassung des Reiches gewalttätig zu ändern (Hochverrat), zum Ungehorsam gegen die Gesetze aufzufordern und verschiedene Bevölkerungsklassen gegeneinander aufzuhetzen. Die Personalernennung des Angeklagten, der vom Rechtsanwalt Dr. Weinberg-Berlin und Rechtsanwalt G. Reis-Chemnitz verteidigt wird, ergibt, daß er in Kornsberg (Deutschböhmen) geboren ist und kurz nach der Revolution sechs Wochen lang sächsischer Unterkassatssekretär war. Im Kriege wurde er zweimal wegen politischer Vergehen mit geringen Geldbußen bestraft. Es gelangen dann

beide Artikel der Zentrale der U.S.P.

zur Verlesung, die in der „Roten Fahne“ vom 4., 10. und 24. März dieses Jahres erschienen sind. In dem ersten Aufruf an das deutsche Proletariat wird auf den Abbruch der Londoner Verhandlungen und den Beginn der Sanktionen Bezug genommen und die deutsche Arbeiterklasse aufgefordert, sich selbst zu helfen, dem drohenden Kampf nicht auszuweichen und das Doppelschloß fremder und deutscher Ausbeuter abzuschütten. Der zweite Aufruf bewegt sich in ähnlichen Gedankengängen, er fordert das Proletariat auf, sich zu dem Kampf für das Bündnis mit Sowjetrußland zu rüsten. Der dritte Artikel spricht von den „Organisationen der Orgeschbanditen in Mitteldeutschland“ und den von den Reichsparteien inszenierten Mitemtaten auf die Siegesfeier, Gerichtsgebäude und Eisenbahnbrücken und verlangt die Entwaffnung der Konturrevolution und die Bewaffnung der organisierten Arbeiterschaft, die jetzt den ihr aufgezwungenen Kampf aufnehmen müsse. Auf die Frage des Vorsitzenden, was die Zentrale der U.S.P. mit diesen Aufrufen bezwecken wollte, betont der Angeklagte zunächst, daß er für alle diese Aufrufe

die volle politische Verantwortung übernehme.

daß er aber die Auskunft auf alle Fragen ablehne, durch deren Beantwortung er andere Personen belasten würde. Auf Befragen erklärt Brandler weiter, daß er schon seit 1919 dem Sportklub und der späteren kommunistischen Partei angehöre, seit Mitte Februar dieses Jahres sei er nach dem Ausscheiden des Dr. Paul Levi Vorsitzender der U.S.P. Auf die Frage des Vorsitzenden, wer diese Aufrufe verfaßt habe, verweigert der Angeklagte die Antwort und erklärt nur, daß die Zentrale der Partei damals zur politischen Lage Stellung genommen und dann einen Genossen beauftragt habe, diese Aufrufe abzuschaffen. In längerer politischer Rede schildert Brandler dann die außen- und innerpolitische Lage dieses Frühjahrs, wie er als Kommunist sie betrachtete. Der deutschen Regierung machte er den Vorwurf, daß sie nach der obereschlesischen Abstimmung in Schlesien Truppen und Waffen angesammelt habe, um das Abstimmungsergebnis mit Gewalt zu korrigieren. Er, Brandler, selbst habe das Material hierüber

von einer hohen Stelle im Reichswehrministerium

erhalten. Solt gleichzeitig mit diesen Vorgängen habe dann der

lung überwiesen werden. Daß es aber zu einer Aufstellung dieser Denkmäler irgendwo in Deutschland kommen sollte, halten wir für ausgeschlossen. Schon der Hinweis auf Karl Peters dürfte als Begründung genügen. Das Denkmal eines Mannes, der seinerzeit wegen schwerer Vergehen aus dem Reichsdienst entlassen worden ist, würde das Rechts-, Ehr- und Anstandsgefühl des deutschen Volkes aus tiefste verletzen und einen dauernden Anreiz zu berechtigten Kundgebungen bilden. Nur chauvinistische Kopfgehirne können dergleichen wünschen. Bei Bismann und Dominik liegen die Dinge anders, aber auch hier wird man der Ansicht sein, daß die Kosten, die die Aufstellung ihrer Standbilder fordern würde, eine bessere Verwendung finden kann. Mangel an Denkmälern ist wahrhaftig nicht das, was uns heute am schmerzlichsten drückt.

Deutsches Opernhaus. Galspiel Badianoff. Trotz der Bluthige wieder einmal ein ganz großes Erlebnis. Das ist nicht nur ein glänzender Virtuose und tüchtiger Spieler wie etwa Josef Schwarz, sondern eine Elementarraft, die den letzten Ton und die letzte Weite mit höchster Natürlichkeit füllt. Eine fast unalauuliche Vereinigung von titanischer Kraft und feinsten Kultur, Säden und Worten in einer Person. Das flümmernde, Unklare der Harmonik bringt er wie ein Volkstänztänzer, die menschliche Größe des verwundeten Vaterherzens, der Nochedurst, die Angst, das Entsetzen enträumen unerschöpflichen Tiefen. Nicht man eine kleine tonliche Senkung im großen Quert des 1. Aktes und den nicht ganz aus tiefer Spannung herausgeholtten Schluß ab, so bleibt immer noch ein herrlicher, lange nachdelebender Genuß.

Da mußte seine tüchtige Umgebung, die wenig großzügige Kunst der sonst vorzrefflichen Herta Stolzenberg, die namentlich im 2. Akt etwas abfiel, der frische einsamwehnde Tenor Bernhard Bötels und der tadelloste Spornfucile Kanbis dagegen stark verblissen. Aber trotzdem alle Hochachtung, auch vor der Regie Lagens und dem Dirigenteninstinkt Waghallers, der jede rhythmische und harmonische Feinheit im Orchester aufs feinste heraushebt, ausgezeichnet begleitet, aber nie und da die mischschwingende Empfindung der Orchesterbegleitstimmen vermissen läßt.

Georges Feydeau, der bekannte französische Schwankautor, ist am Sonntag, 30. Jahre alt, in Paris gestorben. Sein bekanntestes Werk war „Die Dame von Maxim“, deren sich die Besucher unseres Residenztheaters und Verehrer Richard Alexanders und der Rita Leon noch mit Vergnügen erinnern werden. Feydeau hatte die Fähigkeit, für die französischen Possenschrreiber charakteristische Gemohnheit, selbst den hahnenbüchsten Wödhinn in einer dramatisch sauberen, sorgfältig durcgearbeiteten Form zu bieten. Seine Stärke war die verblissende Situationskomik. In den letzten Jahren versuchte er seine Stücke auf „Weltanschauung“ zu delachsen und den ernststen Denker zu posieren, womit er indessen bei seinem Publikum kein Glück hatte.

Die Schwarz-Weiß-Ausstellung der Akademie der Künste, Barock Platz 4, wird am einige Tage verlängert. Der endgültige Schluß der Ausstellung ist am Mittwoch, den 8., nachmittags 6 Uhr.

bayerische Ministerpräsident v. Kahr erklärt, daß Bayern sich in der Entwaffnungsfrage nicht unterwerfen würde. Dann habe die vom Oberpräsidenten Hörsing geleitete Aktion der Schutzpolizei gegen Mitteldeutschland begonnen. Attentate seien in verschiedenen Orten inszeniert worden und zwar so kümperhaft, daß sie nur von Spitzeln der Rechtsparolen ausgeführt sein könnten. Aus allen diesen Vorgängen sei für die Kommunisten klar geworden, daß die deutsche Konterrevolution zur militärischen Aktion in Oberdeutschland und auch zur Abwehr der Sanktionen schreiten und deshalb die Hochburg der Kommunisten in Mitteldeutschland zerstören wollte. In Abwehr dieser Gefahr habe die Zentrale der KPD. das deutsche Proletariat zum Generalkrieg ausgerufen. Vors.: Sie bestreiten also, sich des Hochverrats schuldig gemacht zu haben und wollen nur zum Generalkrieg aufgefordert haben? Angekl.: Jawohl, man müßte uns

für Idioten und Narren halten.

wenn man glaubt, daß wir mit diesen Aufrufen den Sturz der Regierung hätten herbeiführen wollen. Vors.: In den Zeitungen Ihrer Partei heißt es doch aber, daß das Proletariat die Herrschaft mit Gewalt abgelehnt habe? Angekl.: Das steht in allen sozialistischen Zeitungen.

Im weiteren Verlauf beruft sich der Angeklagte auf mehrere Zeugen, die ihn seit langem kennen und bekunden würden, daß er in der politischen Entwicklung stets die Anwendung von Gewalt abgelehnt habe.

Der Wirtschaftsminister Felsch aus Dresden bestätigt, daß Brandler, soweit er ihn kennt und mit ihm zusammen tätig war, keinen Anlaß genommen habe, zur Gewalt aufzufordern.

Der nächste Zeuge, Gewerkschaftsbeamter Friedel-Chemnitz, bestätigt diese Angaben und hebt besonders hervor, daß Brandler nach den Taten des Hölz im Bogland für den Ausschluß des Hölz aus der KPD. gejagt habe.

Fabrikdirektor Siemens-Chemnitz berichtet über verschiedene Vorfälle, bei denen Brandler während des Kapp-Putsch die Chemnitzer Arbeiter von Gewalttätigkeiten abgehalten habe.

Rechtsanwalt Dr. Weinberg unterstützt diese Aussage durch das Verlesen eines Protokolls über eine Sitzung der Chemnitzer Stadtverordnetenversammlung.

Hierauf wird die Beweisaufnahme geschlossen und es tritt eine dreiviertelstündige Mittagspause ein.

Etatsdebatte im Landtag.

Auf der Tagesordnung der um 12 Uhr beginnenden Landtags-Sitzung steht als einziger Gegenstand die Beratung des Staatshaushalts für 1921.

Abg. Braun (Soz.):

Durch die Annahme des Ultimatums ist endlich Klarheit geschaffen worden, wenn auch eine harte und niederdrückende Klarheit. Die moralische Hege gewisser Parteien gegen die Unterzeichner des Ultimatums ist unbedeutend, denn gerade diese Parteien sind es, die durch ihre Kriegs- und Annexionspolitik die jetzige Lage geschaffen haben. (Großer Aarm rechts.) Sie (nach rechts) haben je stets gesagt: Der Unterliegende muß bezahlen. Bei den Kommunisten verstehe ich die Katastrophentheorie, denn sie wollen Deutschland für die bolschewistische Gewaltherrschaft reif machen. Bei den Rechtsparteien aber ist ihre ablehnende Haltung nur aus parteipolitischen Erwägungen heraus zu verstehen. Der Ministerpräsident Stegerwald möge sich das gesagt sein lassen, wenn er auch in Preußen an die

Neubildung der Regierung

geht, die er ja selbst für notwendig erklärt hat. Die uns auferlegten Lasten können nur aufgebracht werden, wenn eine Verringerung der Ausgaben und eine Vermehrung der Einnahmen eintritt. In Preußen werden allerdings größere Ersparnisse kaum noch möglich sein. Es kommt für uns doch darauf an, die Produktion hochwertiger Qualitätsarbeit möglichst zu heben. Das ist aber nur möglich, wenn man die Bestrebungen zur Hebung der Kultur unterstützt. Darum sind Ausgaben für kulturelle Zwecke in hervorragendem Maße werdende Ausgaben. Die Kosten, die wir zu tragen haben, sind ungeheuer. Es kommt nun darauf an, daß das deutsche Volk den festen Willen zeigt, zu leisten, was möglich ist. Dazu werden noch

gewaltige Abgaben auf Besitz und Kapital

nötig sein. Wenn sich die Auffassung des Gerichts Bahn bricht, daß bei Kapitalverleihen in das Ausland, wie es neulich im Falle des Prinzen Eitel Friedrich hieß, keine gewinnbringende Absicht vorliegt, dann wird dies Beispiel bald wiederholt werden.

Der Redner spricht bei Schluß des Berichts weiter.

Keine Reichseinkommensteuer in Braunschweig. Bekanntlich hat der braunschweigische „Landesparlament“ sich an die Reichsregierung gewandt und sie um Einschreiten gegen die angeblich verfassungswidrig handelnde braunschweigische Regierung und Landtagsmehrheit ersucht. Das Reichsministerium hat nunmehr nach Prüfung der Angelegenheit dem braunschweigischen Staatsministerium die Mitteilung zugehen lassen, die Stellungnahme des Reichsministeriums des Innern zu der Frage sei abgeschlossen und habe zu dem Ergebnis geführt, daß das Reich in dieser Sache, die einen Streit innerhalb der Braunschweigischen Landesversammlung darstelle, nach der Reichsverfassung nicht zuständig sei und daher keinen Anlaß sehe, sich mit der Angelegenheit zu befassen.

Im Jugendwohlfahrtsausschuß des Reichstages wurde heute die Stellung des Jugendamtes im Vormundchaftswesen behandelt. — Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) unterstützte einen Antrag seiner Fraktion, wonach die Tätigkeit des Vormundschaftsgerichts durch das Jugendamt ausgeübt werden solle. — Das Zentrum und die Deutsche Volkspartei sprachen dagegen; es solle dem Vormundschaftsgericht von seinen Befugnissen nicht das geringste genommen werden. — Der Ausschuss lehnte den Antrag der Unabhängigen ab.

Groß-Berlin

Der Glutofen.

Massensturm auf die Freibäder.

Die fürchtbare Hitze trieb am gestrigen Sonntag die Großstädter in unermesslichen Scharen ins Freie hinaus. Die südöstlichen Vororte, insbesondere die Müggelseegebiete, hatten einen Besuch, der alles bisher dagewesene weit übersteigt. Auf dem Bahnhof Rahnsdorf kamen bis zu den Mittagstunden bereits an die 40 000 Fahrgäste an. Das Freibad Müggelsee wurde von 35 000 bis 40 000 Personen besucht. Die höchste Zahl, die seit Bestehen des Freibades bisher erreicht wurde, war 24 000. Als in der vierten Nachmittagsstunde Gewitterregen fiel, eilten große Massen so stürmisch nach dem Bahnhof Rahnsdorf, daß die Verwaltung der Schutzpolizei herbeigerufen werden mußte, um die Ordnung einigermaßen aufrechtzuerhalten. Viele Tausende, die zunächst keine Fahrkarten erlangen konnten, lagerten sich im Walde, um dort zu warten. Der Regen hörte bald auf, und die Massen, die nach Berlin zurückwollten, verteilten sich jetzt mehr auf die Abendstunden. Bis zum Schluß des Verkehrs aber waren alle Ränge überfüllt.

Trotz des ungeheuren Andranges ging es im Eisenbahnverkehr, soweit bis jetzt bekannt geworden ist, ohne Unfälle ab. Dagegen hat das Wasser mehrere Opfer gefordert. Im Müggelsee allein gingen beim „wildem Baden“ vier Personen unter und fanden den Tod. Im Freibad ergab sich ebenfalls beim Schluß des Betriebes, daß ein Mann seine Kleidung nicht abgedeckt hatte. Heute morgen erschien der Werkmeister Winter aus der Admiralsstraße 18 b und erkannte in den Sachen die seines Sohnes Paul. Der junge Mann, der einzige Sohn seiner Eltern, war nach dem Freibad Müggelsee hinausgefahren und nicht wieder nach Hause gekommen. Es muß angenommen

werden, daß er über die Grenze des Bades hinausgeschwommen und unbemerkt untergegangen ist. Nach seiner Leiche wird gesucht.

Ganz ähnliche Verhältnisse entwickelten sich in den übrigen Groß-Berliner Freibädern. Besonders das Freibad Wannsee hatte einen enormen Ansturm auszuhalten. Die Botele am Wannsee, wie überhaupt alle irgendwie am Wasser gelegenen Lokale waren überfüllt und konnten kaum den Ansturm der Gäste bewältigen. Die Anordnungen, die an Geduld und Nerven der Eisenbahner wie an alle übrigen Verkehrsbeamten gestellt wurden, waren außerordentlich.

Da das Barometer ständig fällt und aus Süddeutschland herbeiziehende Unwetter gemeldet werden, kann das Wetter in kurzer Zeit umschlagen. Leider haben sich auch am Tegeler See Tragödien abgespielt. Es sind dort beim Baden nicht weniger als 5 Personen ertrunken.

Der Schatz unter der Birke im Grunewald.

Der Einbruch bei der Opernsängerin Denera aufgefährt.

Großes Aufsehen erregte, wie wir vor einigen Tagen berichteten, ein Einbruch in die Wohnung der Opernsängerin Erna Denera in der Pariser Straße 20, die diese seit längerer Zeit an eine vermögende Russin, Frau Dr. Gurwitsch, vermietet hat.

Nach einer Gesellschaft, die sich bis 3 Uhr nachts hinzog, drangen Einbrecher in die Wohnung ein und stahlen wertvolle Perletpiepen, eine große Menge Silberzeug und andere der Opernsängerin gehörende Sachen, außerdem aber aus dem Schlafzimmer der Russin, während diese im Bett lag und schlief, vom Nachttisch sehr kostbare Schmuckgegenstände. Kriminalkommissar Treutin und den übrigen Beamten der Dienststelle B. I. 7 ist es schon nach wenigen Tagen gelungen, den Einbruch aufzuklären, Täter und Helfer zu ermitteln und auch den weitaus größten Teil der gestohlenen Sachen wieder herbeizuschaffen. Bei ihren Ermittlungen war den Beamten aufgefallen, daß ein Strohmädchen, das in der Nähe des Alexanderplatzes spazieren zu gehen pflegte, einen sehr wertvollen Pompadourtrug und aus diesem des öfteren auf offener Straße eine goldene Puderdose hervorzog und sich damit puderte. Es ergab sich bald, daß es sich um den der russischen Fürstin gestohlenen Pompadour handelt. Die Ermittlung führte bald auf die Spur der eigentlichen Täter, unter denen ein gewisser Arnold vermutlich als der Haupttäter angesehen werden kann; in seinem Besitz wurden die übrigen wertvollen Schmuckgegenstände gefunden. Außerdem wurden noch andere Schmuckgegenstände beschlagnahmt, die, wie sich herausstellte, aus dem großen Einbruch bei dem Konsul Michaels in der Sächsischen Straße herrührten. Arnold war seiner Zeit bereits verhaftet worden, war aber wieder entwichen. Die Verhafteten leugneten zunächst, mußten aber angesichts des großen Belastungsmaterials schließlich den Einbruch zugeben. In dem Händler Peter Jenner aus Charlottenburg hatten sie einen Käufer für ihr Diebesgut gefunden. Dieser spielte bei seiner Festnahme den „wildem Mann“ und gab an, die Sachen in einer Schlucht im Grunewald vergraben zu haben. Als nun Beamte gestern dort hinausfahren, wollte er die Stelle selbst nicht wiederfinden. Endlich aber wurde der Schatz doch unter einer Birke vergraben aufgefunden und gehoben.

„Baron Asbach auf Asbach“.

Ein sehr vielseitiger Hochstapler, der seit einiger Zeit in Berlin und auch von hier aus in der Provinz seine „Geschäfte“ betrieb, wurde gestern auf frischer Tat bei einem Schwindel ertappt und unschädlich gemacht. In eine hiesige Familie fand ein Mann Eingang, der sich Baron von Asbach auf Asbach nannte und den Eindruck eines gelehrten, vornehmen und reichen Mannes machte. Durch den Verkehr in der Familie erfuhr er, daß in Peseim im Weichselnland ein Gut zu verkaufen sei. Er bewarb sich darum, schlöß auch den Kaufvertrag ab und bezahlte mit Schecks. Als Gutsherr spielte er den großen Mann, bis nach kurzer Zeit an den Tag kam, daß für die Schecks keine Deckung vorhanden war. Jetzt verwarf den Baron und suchte Opfer auf anderem Gebiete. Nach Berlin zurückgekehrt, lernte er in einem Musiklokal eine junge Dame kennen, die dort als Vorspielerin tätig war. Er gab sich für einen großen Kunstschwärmer aus, gewann die Religion der Dame, ließ sich in ihre Familie einführen, verlobte sich mit ihr und heutzutage sowohl die Braut als auch deren Eltern unter allen möglichen Vorspiegelungen gründlich aus. Nach geraumer Zeit verwarf er auch hier und legte sich jetzt auf den Baronschwindel. Als Großgrundbesitzer oder Großkaufmann kaufte er alle möglichen Waren ein, bezahlte mit Postchecks aus Belgien, die sich später als wertlos erwiesen, verkaufte die Waren sofort wieder und lebte von dem Erlös einen guten Tag. Zuletzt erstand er als Großkaufmann in einem Geschäft in der Friedrichstraße 15 Aktienanleihen. Eine nahm er zur Probe gleich mit. Als er am Sonntag wieder kam, um den Rest abzuholen, hatte das Geschäft erlöhren, daß für seinen Postcheck, den er in Zahlung gegeben hatte, keine Deckung vorhanden war und ließ ihn festnehmen. Bei der Kriminalpolizei entpuppte sich der Baron als ein 42 Jahre alter aus Erfurt stammender Arbeiter Paul Benzel, der seine Frau mit mehreren Kindern in der Heimat sitzen ließ, um fern von ihr von Schwindelereien zu leben. Betrogene, die noch keine Anzeige gemacht haben, wollen sich im Zimmer 107 des Berliner Postpräsidiums bei der Dienststelle B. I. 1 melden.

Maschinen Kamp. Antwerpen? Ehemalige Angehörige derselben, welche am 7. Nov. 1914 beim Ingenieur-Komitee, Maschinen-Abteilung, eingestuft wurden, werden, falls dieselben ihre Absichten noch nicht abgeben haben, gebeten, dieselben sofort beim Kom. Masch. Berlin E. M. Willibrod-Alteisen-Str. 8 I, abzugeben. Insbesondere folgende Kameraden oder deren Angehörige: Antküh, Berndt, Bittermann, Carl, Dreißler, Karl, Duban, Göttsch, Kurt, Eppinger, Erich, Gronemann, Haen, Georg, Hagemann, Keller, Voland, Georg, Heim oder Deum, Heinel, Adolph, Jochheim, Gustav, Koller, Rahn, Kreutzberg, Kreuz, Wilhelm, Kupler, Friedrich, Pempelmann, Sattler, Richard, Schäfer, Schmidt, Hermann, Schindler, Max, Schreiber, Geltrich, Stanislaus, Böller, van Hall, Bohm, Fritz, Ziel, Georg. — Es handelt sich um die Erlaubnisdrücke, die den Betroffenen zustehen. Die baldige Meldung liegt also im eigenen Interesse. (Um Nachdruck wird gebeten.)

Groß-Berliner Parteinachrichten.

8. Okt. (Neu-Nachr.). Montag, 7. Uhr. Funktionärstag. Ehemalige Elternbeiräte und Kreisvertreter sind eingeladen. Kurler, Koller, Friedrich, 88. Ramones. Mittwoch 8 Uhr. Restaurant Hollaushaus (Ulmer Str.). Wirtinber- versammlung. Tagesordnung: Bericht vom Unterbezirkstag. Referent Genosse Prof. Dr. Paul Benzel. 2. Bericht der Gemeindevorsteher. Gäste können ein- geladert werden.

Elternversammlung Dienstag, 7. Juni, abends 7 Uhr, in der Aula der 64. Gemeindefschule, Kraussstr. 40. Um zahlreiches Erscheinen wird dringend gebeten. Thema: „Was sollen unsere Kinder lesen?“ Referent Herr Rektor.

Sport.

Grunewald. Die fürchtliche Hitze hatte den Besuch der Grunewald- rennen am Sonntag sehr beeinträchtigt. In dem mit 85 000 R. ausgeschalteten Rennen wurde scharfe Witterung gehalten.

1. R.: 1. Kosenfeld (Gefina), 2. Sonnenroße (Behr), 3. Conventio (Obert). Tot.: 87:10, 81:15, 23:45:10. Ferner: Ninktra (4), Salgr, Volitt, Balestrina, Klugschil, Reuzand, Erde, Sinnig, Stin Hein. — 2. R.: 1. Beter (Staubinger), 2. Fimländer (Zensig), 3. Wustemann (Kalter). Tot.: 103:10, 81:23, 18:24:10. Ferner: Valastro (4), Rodmar, Wador, Nur Sonntagstube, Sahr (Hagl). — 3. R.: 1. Ecala (Rortler), 2. Scha- dentrende (H. Conrad), 3. Lusa (H. Schmidt). Tot.: 81:10, 81:23, 28:10. Ferner: Fee (4), Lantange, Wladan. — 4. R.: 1. König Widas (Lehm), 2. Veltrich (Hoffenberger), 3. Dissan (H. Schmidt). Tot.: 13:10, 81:11, 13:10. Ferner: Damenweg. — 5. R.: 1. Renking (Staubinger), 2. Eva (Steiler), 3. Eris (Hallenberger). Tot.: 33:10, 81:15, 21:17:10. Ferner: Enob (4), Valeria, Pflüger, Latona, Emavagd, Delebarde II. — 6. R.: 1. Valand (H. Schmidt), 1. Valait (H. Ronef), 3. Hallente (Hallen- berger). Tot.: 15:10 (Valand), 7:10 (Galgit), 81:13, 11:10. Ferner: Galant. — 7. R.: 1. Rodam (Zimmermann), 2. Ränderhauptmann (Tara), 3. Wucher (Hallenberger). Tot.: 48:10, 81:23, 21:10. Ferner: Gol- berg (4), No. Kappelhof, Sarrö, Prüfung.

Die Kadetten in T. cytow waren nur schwach besucht. Die nicht erkrankten Kadetten haben aber auch nichts veräumt; der sportliche Genuß stand noch unter dem der einmaligen Kriegserfahrungen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Buchdruckereibesitzer lehnen ab.

Zu den von der Gehilfenschaft gestellten Forderungen nahm am Sonnabend eine Versammlung der tarifstreikenden Buchdruckerei- besitzer von Groß-Berlin Stellung und beschloß einstimmig, die Forderung der Vertrauensleute der Gehilfen und Hilfsarbeiter auf eine allgemeine Lohnerhöhung von 35 M. sowie des 48stündigen Ultimatums abzulehnen. Sowohl die aufgestellte Forderung wie ihre Befristung stellten einen Verstoß gegen die bestehende Tarif- gemeinschaft dar; der angebotene Streik würde einen klaren Tarif- bruch bedeuten. — Das Angebot im Abkommen Heenemann-Rosini soll bis Donnerstag abend 6 Uhr aufrecht erhalten bleiben. Es sei für Gehilfen und Hilfsarbeiter getroffen, so daß seine Ablehnung von einer der beiden Gruppen der Gesamtabkehrung gleichkomme.

Ende des niederschlesischen Bergarbeiterstreiks.

Der niederschlesische Bergarbeiterstreik dürfte nach zweiwöchiger Dauer heute zu Ende gehen. Nachdem der Schiedspruch den Ausbruch des Kampfes nicht verhindern konnte, fanden am Freitag unter Beteiligung des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns und des Reichsbergbauamtsministers Robert Schmidt neue Verhandlungen in Berlin statt. Die Notlage der niederschlesischen Bergarbeiter wurde allseitig, auch von Unternehmenseite anerkannt. Auf der anderen Seite darf jedoch nicht übersehen werden, daß es sich um ein wirtschaftlich außerordentlich ungünstig gestaltetes Revier handelt, das zum Absterben verurteilt ist. Nur die zwangsweise Bewirtschaftung der Kohle und deren Unentbehrlichkeit schließt es heute vor dem Zerbrechen ab. Die niederschlesischen Kohlenpreise stehen heute 30 bis 50 M. je Tonne über den Preisen der anderen Reviere, obwohl die Kohle zum Teil minderwertiger ist. Nur diese Sonderpreise gestatteten in der Vorkriegszeit den Bergarbeitern, während in der Vorkriegszeit der Lohn um ein volles Drittel hinter anderen Reviere zurückblieb. Die Teuerung ist aber überall gleich schlimm. Eine Lohnerhöhung gab es in Niederschlesien seit Mai 1920 nicht, während andere Reviere solche wiederholt hatten. Eine Preiserhöhung hätte nur bei niederschlesischen Absatzmarkt eingeeignet und wäre zum Schaden der Arbeiter ausgefallen. So war es also außerordentlich schwer, einen Ausgleich zu schaffen, wie denn auch der Schiedspruch von den Arbeitern als solcher nicht empfunden wurde. Der Streik brach gegen den Willen der Gewerkschaften aus und er wäre ein unglück- liches Weichbluten geworden, wenn die Gewerkschaften nicht die Führung übernommen hätten. Vielleicht wäre der Zusammen- bruch gewissen radikalen Rechtshabern lieber gewesen, deren Ziel ja gerade die Annullierung des Reviere ist. Die Arbeiter wären aber erst recht die Leidtragenden gewesen. Denn nirgends ist die Gefahr größer, daß ganze Kohlen zu Bruch gehen wie in Niederschlesien. Die Unternehmer haben allerdings recht unglücklich durch ihre einseitigen Darstellungen in der Öffentlichkeit die Situation verschärft. Es ist einzig den Gewerkschaften und den beiden beteiligten Ministerien zu danken, daß ein befriedigender Ausgleich gefunden wurde, der nicht allein die Formel für den Abbruch des Streiks abgibt, sondern dem niederschlesischen Revier für die Zukunft seine wirtschaftliche Erhaltung sichert.

Nach der bisherigen, sehr schematisch gemachten und erhobenen Heferschen Kohlensteuer mußte die schlechtere und teureren nieder- schlesische Kohle eine wesentlich höhere Steuer aufbringen als die bessere und billigere der anderen Reviere. Nunmehr soll durch das neue Kohlensteuergesetz diese unsoziale Härte wegsfallen und darüber hinaus soll eine Differenzierung eintreten, die ab 1. Juli eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 5 M. je Schicht ermöglicht. Beide Ministerien versprechen, sich in dem Ueber- einkommen für eine solche durchaus notwendige Differenzierung ein- zusetzen.

Am Sonntag hatte eine Bezirkskonferenz über die gemachten Zusicherungen zu entscheiden, so daß spätestens am Dienstag mit der einmütigen Wiederaufnahme der Arbeit zu rechnen ist.

Das Uebereinkommen bringen wir noch im Wortlaut. Die 18 Belegschaftsversammlungen am Sonntag haben sich in der Mehr- heit für die Wiederaufnahme der Arbeit ausgesprochen. Für die Verbandsleitung des Bergarbeiterverbandes ist der Streik durch den Beschluß der Betriebsrätekonferenz beendet. Wer nicht einfährt, tut das auf seine eigene Verantwortung. Eine ganze Anzahl von Grubenbelegschaften will am Dienstag geschlossen die Arbeit wieder aufnehmen. In einer Reihe von Gruben sind heute die Belegschaften bereits wieder eingefahren.

Vom Verbandstag der ZdM.

Zum Schlußbericht ist voll nachzutragen, daß die Wahl des Verbandsvorstandes diesmal — und zwar trotz der im Laufe der Verhandlungen zutage getretenen Gegensätze — ohne Gegenanträge, durch einstimmige Wiederwahl der bis- herigen Vorstandsangestellten erfolgt ist.

Eine unerhörte Zensuranmaßnahme erlaubte sich die Geschäfts- leitung der Buchdruckerei A. Sendt u. Cie. Der Aktionsauschuß der oppositionellen Buchdrucker bestellte bei dieser Firma ein auf die kritische Lage im Gewerbe bezugnehmendes Flugblatt. Der Auftrag wurde auch bis zur völligen Fertigstellung des Satzes ausgeführt. In der Zwischenzeit spielte das Telephon, worauf dann dem Besteller, der zufällig Vorsitzender des Betriebsrats bei der Firma ist, mitgeteilt wurde, daß die Firma nach Kenntnisnahme von dem Inhalt des Flugblattes die weitere Ausführung des Auftrages „in ihrem eigenen Interesse“ ablehnen müsse. Eine sofort herbeigeführte Ausprobe mit der Geschäftsleitung zeigte eine Debatte über den Begriff Pressefreiheit „im Sinne des Buchdruckers“ (siehe S. 67 des BRG.), die jedoch an der Stellungnahme der Geschäftsleitung nichts änderte. Die Ausführung des Auftrages unterließ, obwohl die Geschäfts- leitung darauf hingewiesen wurde, daß wir Gehilfen ja tagtäglich Druckerzeugnisse herstellen müssen, die nicht „in unserem Interesse“ liegen. Aber Recht geht vor Recht.

Wir werden uns die Auffassung dieses Prinzipals und des dahinterstehenden Prinzipalsvereins über den Begriff Pressefreiheit zu merken haben nicht nur für den Fall von Klagen über unbedech- tigte Eingriffe seitens der Betriebsleitung, sondern auch für den Fall einer Revision des Betriebsratsgesetzes. Die Arbeiterkraft indes mag sich an der Solidarität der Unternehmer und an der rücksichtslosen Wahrnehmung „ihrer“ Interessen ein Beispiel nehmen.

Die Berliner Straßenbahner zum Streik in Potsdam. Die Voll- versammlung der Betriebsräte der Berliner Straßenbahner am 4. Juni beschloß, den im Kampfe stehenden Potsdamer Kollegen ihre vollste Solidarität auszusprechen und dies durch sofortige Sammlungen im ganzen Betrieb zu bekunden.

Betriebsräte und -obleute der Bekleidungs- und Textilindustrie. Dienstag, den 14. Juni, abends 6 Uhr, findet die Gruppen- ver- sammlung in der Kommandantenstr. 57 im „Blauen Saal“ statt. Die Wirtschaftslage in der Bekleidungs- und Textilindustrie. Referent Kollege Brenneck. Kattiert für diese Versammlung. Verbandsbuch und Betriebsratsgesetzarten am Saaleingang vor- zeigen. Der Gruppenrat: J. A. Paetsch.

Gewerkschaftsunterkommission des 13. Verwaltungsbezirks Tempelhof-Mariendorf-Marienfelde-Lichtenrade. Dienstag, 7 1/2 Uhr, im Lokal von „Schlembach“, Tempelhof, Berliner Str. Ecke Ordens- meisterstraße, Sitzung. Neuwahlen der Mitteilungsämter. Die bisherigen freigewerkschaftlich organisierten Beisitzer der Mitteilungs- amter aller der Orte sowie die Parteivorstände und Bezirks- vorordneten der sozialistischen Parteien werden gebeten, in dieser Sitzung zu erscheinen. J. U. Benfisch.

Transparanz-Konferenz. Brandt der Geschäftsleiter. Referent über um- gekehrte Verhältnisse und Unzulänglichkeiten. Freitag, abends 7 Uhr, im Lokal von Blagow, Bernauerstr. 14. allgemeine Versammlung: Stellungnahme zu den jetzigen Lohnsätzen. Mitgliedsbuch ist mitzubringen und vorzulegen.

